

# Schweizer Plattform Bildung 2030

Wie sieht die Zukunft der Bildung in der Schweiz in der Post-COVID-19-Ära aus?

**BERICHT 2020**



# Einleitung

Gemeinsam mit den [Akademien der Wissenschaften Schweiz](#) organisierte die [Schweizerische UNESCO-Kommission](#) am 25. November 2020 die vierte Ausgabe der [Schweizer Plattform Bildung 2030](#) in digitaler Form. Wie jedes Jahr bot die Schweizer Plattform Bildung 2030 Gelegenheit zu einem Überblick und Austausch über die Umsetzung der Bildungsagenda 2030. Im Zentrum der diesjährigen Tagung stand das Thema «Futures of Education».

**Prof. Jalil Akkari**, Mitglied der Schweizerischen UNESCO-Kommission und Professor an der Universität Genf, wies in seinem Einführungsreferat auf die verheerende Katalysatorrolle der COVID-19-Krise hin, ging jedoch auch auf die Chance ein, die sich daraus für eine Neubestimmung der allgemeinen und beruflichen Bildung ergibt.

**Sobhi Tawil**, Direktor des Programms «Future of Learning and Innovation» bei der UNESCO, stellte anschliessend die UNESCO-Initiative [Futures of Education](#) vor.

*Die UNESCO hat eine unabhängige internationale Kommission unter der Leitung der äthiopischen Präsidentin Sahle-Work Zewde geschaffen, die sich mit der Frage befasst, wie Bildung zur Gestaltung der Welt beiträgt. Ihr Bericht wird für November 2021 erwartet. Parallel dazu findet unter dem Dach der Initiative ein breit angelegter Konsultationsprozess statt, bei dem die breite Öffentlichkeit ihre Ideen einbringen kann. Die Bildungskrise ist so gravierend wie nie zuvor und hat sich 2020 noch verstärkt infolge der COVID-19-Krise mit ihren Schulschliessungen, von denen 80 Prozent der Kinder weltweit betroffen waren. Mit einer Perspektive bis 2050 ist die UNESCO daher wie bereits bei anderen historischen Wendepunkten und grossen Umwälzungen in der Lage, gemeinsam zukünftige Trends und Bestrebungen abzustecken.*

Als Reaktion auf die COVID-19-Krise stellten die Mitglieder der Internationalen Kommission für die Initiative «Futures of Education» [neun Ideen für öffentliches Handeln im Bildungsbereich in einer Welt nach COVID-19](#) vor. Unter der Moderation von **Claudia Appenzeller**, Generalsekretärin und Vorsitzende der Geschäftsleitung der Akademien der Wissenschaften Schweiz, tauschten sich fünf Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer über diese neun Ideen und ihre Anwendungsmöglichkeiten in der Schweiz aus (*aus Zeitgründen konnte die Idee Nr. 7 «Wissenschaftliche Kompetenz im Lehrplan verankern» nicht behandelt werden*).

Der Podiumsrunde gehörten folgende Personen an:

- **Chantal Andenmatten**, Stellvertretende Generalsekretärin, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
- **Prof. Dr. Stephan Gerhard Huber**, Leiter Forschung und Entwicklung, Pädagogische Hochschule Zug
- **Prof. Federico Imbesi**, Mitarbeiter der Direktion, Kantonales Gymnasium, Mendrisio (UNESCO-assoziierte Schule)
- **Mathias Reynard**, Nationalrat, Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur
- **Prof. Dr. Gita Steiner-Khamsi**, Leiterin des Netzwerks für internationale Politik und Zusammenarbeit im Bildungsbereich (NORRAG)

## Debatte

Die **Ideen Nr. 1 und 2**, die im Bericht «[L'éducation dans un monde post-Covid: Neuf idées pour l'action publique](#)» der Internationalen Kommission für die Initiative «Futures of Education» vorgestellt wurden, lauten wie folgt:

### **«Bildung als Gemeingut stärken» und «Die Definition des Rechts auf Bildung so erweitern, dass sie der Bedeutung von Vernetzung und Zugang zu Wissen und Informationen Rechnung trägt»**

**Mathias Reynard** schloss sich diesen Ideen an und vertrat die Auffassung, dass die Lockdown-Massnahmen in der Schweiz den Anteil der vorzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger erhöht und die Ungleichheiten verstärkt hätten. Dank seiner Doppelfunktion als Lehrer und Parlamentarier stelle er eine Kluft zwischen den in den Berner Politikerkreisen geführten Reden und der Realität im Klassenzimmer fest. Trotz einiger Verbesserungen bleibt seines Erachtens noch viel zu tun, um die Schule zu einem Ort der Chancengleichheit zu machen. Auch **Federico Imbesi**, der den schulischen Alltag ebenfalls aus eigener Erfahrung kennt, konstatierte eine zunehmende Ungleichheit als Folge der Krise. Seiner Meinung nach hat sich die Schule nicht nur an der Oberfläche, sondern auch strukturell verändert. Zu begrüssen sei jedoch das stärkere Gemeinschaftsgefühl, das vermutlich aus dieser Krise heraus entstanden sei. Nach Ansicht von **Stephan Huber** hat die COVID-19-Krise gewissermassen als Scheinwerfer gewirkt und die Unterschiede gebündelt beleuchtet: Falls das Gefälle bestehen bliebe

oder sich vergrössern würde, müsse mehr getan werden, um es zu verringern. Dazu plädierte er für eine positive Diskriminierung, denn nur so könne verhindert werden, dass die Wiedereingliederung von Schülerinnen und Schülern aus sozioökonomisch schwächeren Verhältnissen später unmöglich wird. **Chantal Andenmatten** erklärte ihrerseits: «Die Zukunft der Bildung wird zunehmend Sache aller sein.» In der Schweiz bedeute Bildung auch lebenslanges Lernen. Jeder müsse die Durchlässigkeit des Systems nutzen können, und es sei wichtig, dass das verfügbare, breit gefächerte Angebot allen bekannt ist. Die Kantone und der Bund arbeiteten im sogenannten «Bildungsraum Schweiz» zusammen. Prioritäten ihrer [gemeinsamen bildungspolitischen Ziele](#) seien die Wiedereingliederung in die Schulbildung und die schulische Neuorientierung. Seit 2019 gebe es Massnahmen wie die Bereitstellung einer kostenlosen Standortbestimmung. Die Umsetzung dieser Ziele soll im nächsten [Bildungsbericht](#) analysiert werden.

### **«Den Lehrerberuf und die Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften aufwerten»** – so lautet die dritte Idee der Internationalen Kommission zum Thema «Futures of Education».

Bei einer Befragung des **Publikums** im Rahmen der Tagung wurde die von den Lehrerinnen und Lehrern während der Krise geleistete Arbeit gewürdigt: 79 Prozent der Befragten schätzten diese als hervorragend ein.

**Federico Imbesi** hielt fest, dass der Lehrerberuf seit dem Auftreten des Virus eine Aufwertung erfahren habe. **Chantal Andenmatten** begrüsst die ausgeprägte Kreativität und Innovationsfreude, die Lehrende, Schulleitungen und Kantone in diesen schwierigen ersten neun Monaten der Krise unter Beweis gestellt hätten. Im Gegensatz

zum medizinischen Personal hätten sie dafür nicht regelmässig Beifall erhalten. Auch **Mathias Reynard** verwies auf den enormen Einsatz der Lehrkräfte während der Krise,

während **Stephan Huber** Kreativität als Schlüsselement bei der Krisenbewältigung herausstellte.

Die vierte Idee, die im Bericht der Internationalen Kommission vorgestellt wurde, lautet: **«Die Teilhabe und Rechte von Schülerinnen und Schülern, Jugendlichen und Kindern fördern»**

In dieser Hinsicht merkte **Mathias Reynard** an, dass es in der Schweiz grosses Verbesserungspotenzial, gepaart mit einer gewissen Zurückhaltung gebe. Nach mehreren Fortbildungen sei er begeistert von dem Gedanken, ein stärker partizipatives System zu entwickeln, und sehr optimistisch, was die Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler angehe. **Stephan Huber** war wie Mathias Reynard der Ansicht, dass junge Menschen ein grosses Interesse an diesem Thema zeigten. Unter Hinweis auf Forschungsarbeiten erinnerte er daran, dass der nächste Bericht über die Eidgenössischen Jugendbefragungen in Kürze erscheinen werde und auf [der entsprechenden Website](#) bereits die Ergebnisse der in den vergangenen 30 Jahren durchgeführten Befragungen von 120 000 Jugendlichen abrufbar seien. Zudem berichtete er über einige Ergebnisse des [Schul-Barometers](#): Die Schulschliessungen hätten sich für alle Schülerinnen und Schüler, die über ein hohes Mass an Selbstorganisation, regelmässigen Kontakt zu Lehrkräften sowie Unterstützung seitens ihrer Mitschüler und Familien verfügten, als

sehr positive Erfahrung erwiesen. Selbstorganisation gehöre daher zur Palette nützlicher Fähigkeiten für die Bewältigung der Krise. In den Schulen, so bekräftigte **Federico Imbesi**, sei es wichtig, den Schülerinnen und Schülern eine Stimme zu geben. Am Gymnasium Mendrisio seien bereits Massnahmen getroffen worden, um die Schülerinnen und Schüler einzubeziehen. So arbeiteten Schüler- und Lehrerschaft gemeinsam in einer Kommission zusammen, die Probleme des schulischen Alltags lösen und Ideen vorschlagen soll. Zudem würden regelmässig Meinungsumfragen bei den Jugendlichen durchgeführt. Diese Mechanismen hätten sich in diesen Krisenzeiten als besonders nützlich erwiesen.

Das **Publikum** der Schweizer Plattform Bildung 2030 teilte diese Ansicht. Der Aussage «Jugendliche sollten in die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Bildung einbezogen werden» stimmten 83 Prozent der Befragten uneingeschränkt, die übrigen 17 Prozent teilweise zu.

Die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer unterstützten insbesondere den Ideenvorschlag Nr. 5: **«Bei der Umgestaltung der Bildung die Schule als sozialen Raum bewahren».**

**Stephan Huber** wies auf die individuelle persönliche, motivationale, soziale und gesellschaftliche Entwicklung, die sich in der Schule vollziehe, sowie auf die enge Verknüpfung von Bildung und Gesundheit hin. In diesem letzten Punkt schloss sich ihm **Gita Steiner-Khamsi** an, die ebenfalls betonte, dass die Schule derzeit einer der wenigen Orte sei, an dem Menschen verschiedener Identitäten, Glaubensrichtungen, se-

xueller Orientierungen und anderer Unterschiedsmerkmale zusammenkommen. Die Rolle der Schule werde daher immer wichtiger. **Federico Imbesi** unterstrich, dass trotz der zahlreichen erwiesenen Vorteile der Digitalisierung keine Anwendung jemals den Präsenzunterricht ersetzen könne. Die menschlichen Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler, aber auch zwischen den Schülerinnen und Schülern, blieben uner-

setzunglich. **Mathias Reynard** begrüßte die erfreuliche Solidarität, die aus der Krise heraus entstanden sei (als Beispiel nannte er die Korrespondenz zwischen Schülern sowie Alters- und Pflegeheimen in Walliser Dörfern), sowie den Umstand, dass sich die Präferenz für den Präsenzunterricht erneut bestätigt habe. Auch er betonte die wichtige

Rolle der Schule bei der Sensibilisierung und Prävention.

Zuletzt wies er auf die wesentliche Rolle der Schulen beim Erkennen von Gewalt, Funktionsstörungen und Leid hin – eine Aufgabe, die sie nicht online wahrnehmen könnten und für die sie so lange wie möglich geöffnet bleiben müssten.

**«Freie und quelloffene Technologien für Lehrer- und Schülerschaft verfügbar machen»:** Diese sechste Idee, die im Leitfaden zur Tagung vorgeschlagen wurde, hat anscheinend bei einigen der befragten Schweizer Akteure bereits Zustimmung gefunden.

**Chantal Andenmatten** stellte die Plattform [Eduport](#) vor: Die Fachstelle educa.ch habe diesen Dienst im Auftrag der EDK und des SBFJ lanciert, um den kantonalen und kommunalen Bildungsbehörden in allen Sprachregionen eine Übersicht über die Dienste, Koordinationsstellen und Netzwerke für digital gestütztes Lernen und Lehren im Bildungsraum Schweiz zu geben. Die in den letzten zwei bis drei Jahren ausgearbeiteten Massnahmen der Kantone im Zusammenhang mit der [Digitalisierungsstrategie](#) der EDK hätten Früchte getragen und eine – noch zu verbessernde – Umstellung auf Fernunterricht ermöglicht. Auch im Bereich der digitalen Identität und des Datenschutzes habe sich die EDK engagiert, um eine Lernumgebung zu schaffen, die dank sicherer Plattformen für Vertrauen hinsichtlich der Nutzung von Daten sorgt. Nach Ansicht von

**Stephan Huber** fördern die neuen Technologien neben vielen anderen Verbesserungen eine individuelle Programmgestaltung, was letztlich ein stärker personalisiertes Lernen ermöglicht und die Langeweile im Unterricht verringert. **Mathias Reynard** sprach die Frage des digitalen Analphabetismus an, die alle Gesellschaften betreffe und kein Nord-Süd- oder Generationenproblem sei, sondern mit dem sozialen Umfeld zusammenhänge. Jugendliche seien sehr gut mit sozialen Netzwerken vertraut, deutlich weniger dagegen mit der Nutzung von online verfügbarem Unterrichts- und Lernmaterial. Abschliessend erklärte **Federico Imbesi**, dass die Krise eine erste Bilanz der Vor- und Nachteile der digitalen Technologien ermöglicht habe und uns somit besser für die Zukunft wappne.

Auch die Idee Nr. 8 **«Die nationale und internationale Finanzierung der öffentlichen Bildung schützen»** wurde angesprochen.

**Mathias Reynard** äusserte sich erfreut über die positiven Signale, die von der [BFI-Botschaft 2021–2024](#) ausgingen und erkennen liessen, dass die bislang geplanten Budgets auf Bundesebene nicht gekürzt werden sollen. Wenngleich auf kantonomer Ebene keine Kürzungen geplant seien, müsse die Lage aufmerksam beobachtet und vor allem realistisch eingeschätzt werden: Es seien zusätzliche Mit-

tel erforderlich, um den bisherigen Rückstand aufzuholen, Ungleichheiten zu beseitigen und nicht zuletzt auch die Lehrkräfte fortzubilden. **Chantal Andenmatten** sah es als positiv an, dass die Kantone stark in die Digitalisierung investiert haben oder investieren wollen. Sie stimmte **Mathias Reynard** darin zu, dass diese technologischen Verbesserungen jedoch mit Mitteln zur Fortbildung der Lehrenden einhergehen müssten. **Stephan Huber** plädierte

für gezielte Investitionen statt «Giesskannenprinzip»: «Um strategische Ziele zu erreichen, sind neben Geld auch Kompetenz, Motivation und Legitimität ganz wichtig. Deshalb braucht es den Willen, das

Können und den Mut, um auf Worte Taten folgen zu lassen, und zwar unter entsprechenden Rahmenbedingungen und optimalem Ressourceneinsatz.»

Schliesslich wurde die neunte Idee **«Förderung der globalen Solidarität zur Beendigung der Ungleichheit in ihrem derzeitigen Ausmass»** aus der Sicht der internationalen Zusammenarbeit in der Schweiz diskutiert.

**Gita Steiner-Khamsi** sprach sich für einen besseren Austausch zwischen den Ländern des Südens und des Nordens aus. Bildung eröffne den Weg zu Berufsbildung, bezahlter Arbeit und Integration in den Arbeitsmarkt, habe aber auch Auswirkungen auf andere Bereiche wie Gesundheit oder Frieden. In dieser Hinsicht halte sie die Arbeit der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) für sehr motivierend. Die DEZA stelle nicht nur Mittel für Entwicklungsländer bereit, sondern fördere auch Genf als [Globalen Hub für Bildung in Notsituationen](#). Im Bereich der humanitären Hilfe spiele das internationale Genf bereits eine zentrale Rolle. Damit sei es der ideale Ort, um das gemeinsame Handeln aller Akteure für die Bildung in Ländern in Notsituationen zu stärken. Sie berichtete über die interessanten Überlegungen, die in die [Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024](#) eingeflossen seien, in der der Mehrwert der Schweiz im Bildungsbereich hervorgehoben werde. Auch die Studie der PH Zug [«Bewährte Praktiken in der Schweizer Schulbildung und potenzieller Mehrwert für die DEZA»](#) belege den Wert des dualen Bildungssystems der Schweiz, mit dem zudem die Privatisierung des Sektors verhindert werden könne. Die Schweiz verfüge über ein hochwertiges Schulsystem, das im gesamten Territorium

den Unterricht in der jeweiligen Landessprache vorsieht. Mit ihrem reichen Know-how könne die Schweiz einen Mehrwert erbringen, denn es stelle eine grosse Errungenschaft dar, die Impulse für die internationale Zusammenarbeit setzen könne. Auf die Frage, wie die Länder des Nordens den Ländern des Südens helfen könnten, verwies sie auf sehr interessante und bei der UNESCO gut dokumentierte Modelle öffentlich-privater Partnerschaften. Allerdings sei es wichtig, die Rahmenbedingungen für solche Partnerschaften zu schaffen: Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dürfe auf keinen Fall zulasten der lokalen Wirtschaft in den Schwellenländern gehen. Im Anschluss an den Beitrag von Gita Steiner-Khamsi unterstrich **Mathias Reynard**, dass die Situation in den Ländern des Südens natürlich problematischer sei als in der Schweiz. Im Rahmen seines Mandats bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie habe er an einem [Bericht über Bildung in Krisenzeiten](#) gearbeitet. Viele der betrachteten Länder gehörten zum frankophonen Afrika, und in den Ländern, die bereits ein fragileres Schulsystem und einen weniger entwickelten Zugang zum Internet oder zu Informationen haben, seien die Herausforderungen deutlich grösser.

## Fragen:

**Thibaut Lauwerier von der UNIGE** stellte per Chat folgende Frage: *«Ist unter den Hunderttausenden, die sich in der Initiative «Futures of Education» engagieren, auch der globale Süden vertreten?»* **Sobhi Tawil** erwiderte, dass die UNESCO Konsultationen in den sechs Amtssprachen der UNO sowie auf Portugiesisch aufgenommen habe. Die UNESCO organisiere derzeit in Zusammenarbeit mit einem Netzwerk von NGO in Süd- und Südostasien Fokusgruppen und Diskussionen mit benachteiligten Jugendlichen, die sich ausserhalb des Systems der allgemeinen und beruflichen Bildung befinden.

**Marco Stricker, Mitglied der Schweizerischen UNESCO-Kommission**, wollte wissen, *«ob Weltbürgertum wirklich nur privilegierten Kreisen vorbehalten sei oder ob diese Global Citizenship Education auch Menschen mit Migrationshintergrund eine Perspektive bieten könne.»* **Gita Steiner-Khamsi** antwortete, dass sich das Verständnis des Begriffs Multikulturalismus in den letzten 30 Jahren enorm verändert habe. Für sie seien Multikulturalismus und Weltbürgertum nahezu gleichbedeutend – es gehe um Inklusion und Vielfalt. Eltern mit kosmopolitischen Einstellungen hätten mehr politischen Einfluss als Familien mit Migrationshintergrund. Expats hätten einen anderen Status als Einwanderer, die ein bestimmtes Arbeitermilieu repräsentieren. Die Schule sei nun jedoch besser auf den Multikulturalismus oder Interkulturalismus eingestellt.

Auf die Frage von **Raymond Saner, Direktor des Centre for Socio-Eco-Nomic Development (CSEND)**: *«Wie vermitteln wir unseren Politikern die Realität der wechselseitigen Verflechtung von Sektoren wie Gesundheit, Bildung und Wirtschaft auf interministerieller Ebene?»* entgegnete **Mathias Reynard**, er bedaure das ausgeprägte Silodenken, vor allem in der Schweiz mit ihrem Föderalismus. Denn: «Zuständig sind die Kantone. Die EDK bemüht sich vorbildlich um bestmögliche Abstimmung, doch letztlich entscheiden die Kantone.» Er begrüsst den Westschweizer Lehrplan (PER) mit seinen fächerübergreifenden Kompetenzen in den Bereichen Gesundheit, Zusammenleben und Menschenrechte. Allerdings mangle es derzeit noch an Material für die Weitergabe dieses Wissens. Ein Französisch-, Geschichts- oder Mathematiklehrer verwende für jedes Fach ein bestimmtes Lehrbuch und vermittele seine Kenntnisse in den dafür vorgesehenen Unterrichtsstunden. Alle fächerübergreifenden Kompetenzen des Westschweizer Lehrplans, und das gelte wohl auch für den «Lehrplan21», seien vage formuliert und würden in mehreren Fächern parallel, von mehreren Lehrkräften gleichzeitig und ohne Lehrwerksbasis oder Unterrichtseinheiten speziell zu diesen Themen unterrichtet. Dies lasse den Lehrkräften zwar einen gewissen Spielraum, doch könnte die Vermittlung von fächerübergreifenden Kompetenzen mit entsprechenden Rahmenregelungen gestärkt werden.

# Schlussbemerkungen

**Claudia Appenzeller** fasste die Äusserungen der Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer unter Hinweis auf die heikle Balance zwischen Improvisation und Planung zusammen. Sie unterstrich die Bedeutung einer solidarischen Schule, die die Ungleichheiten durch positive Diskriminierung und eine gezielte Finanzierung des Sektors bewältigen könne. Allerdings bedauerte sie, dass die Podiumsrunde genau jetzt, wo es für Schülerinnen und Schüler so wichtig sei, Wahres von Falschem zu unterscheiden, nicht die Zeit gefunden habe, sich mit dem Thema Desinformation zu beschäftigen. Sie zeigte sich sehr erfreut über die aus der Krise heraus entstandene Solidarität, eine Solidarität, die über unsere Grenzen hinausreiche und dem internationalen Genf eine Rolle als globaler Hub für humanitäre Hilfe und nun auch für Bildungshilfe in Krisenzeiten verleihe. Schliesslich legte sie allen nahe, eine umfassende Perspektive zu wahren, egal wie eng wir uns mit der uns umgebenden Region verbunden fühlen.

Die Vertreterin der Schweizerischen UNESCO-Kommission, **Pascale Marro**, hielt abschliessend fest, dass der Fernunterricht in dieser Krisensituation Grenzen aufweise und eher die pädagogische Kontinuität sichere als wahre Unterrichtszwecke erfülle. Allerdings stelle diese Krise auch eine Chance dar. Sie sei nämlich eine Gelegenheit, die Praktiken anzugleichen und dabei immer pragmatische Lösungen bereitzustellen, aber auch eine Chance, allen Schülerinnen und Schülern differenzierte Lösungen zu bieten, zuallererst denjenigen mit dem grössten Bedarf. Sie forderte finanzielle Unterstützung für die Umstellung auf hybrides Lernen und erinnerte abschliessend an die Rolle der Schule, die über die reine Vermittlung von Informationen hinaus auch eine wichtige psychosoziale Funktion erfülle und somit dringend geschützt werden müsse – denn ja, die Schule «leistet weitaus mehr».

## Reaktionen

Im Anschluss an die Tagung gaben einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem **Publikum** Rückmeldungen.

Nachfolgend die Links zu den angesprochenen konkreten Initiativen:

- Prof. Dr. Katharina Maag Merki informierte über die derzeit in der Deutschschweiz, in Deutschland und in Österreich durchgeführte Studie zur Frage, wie die Schulen die Belastungen und Herausforderungen der COVID-19-Krise bewältigt haben. Erste Ergebnisse wurden bereits veröffentlicht: (<https://www.ife.uzh.ch/de/research/teb/forschung2/s-clever/medien.html>).
- Ursula Huber von der Allianz profilQualité organisierte am selben Tag wie die Schweizer Plattform Bildung 2030 eine der beiden Ausgaben des zweijährlichen Forums profilQ zu einem sehr ähnlichen Thema: die Schule von morgen. [Die Ergebnisse](#) liegen vor (nur auf Deutsch).